

Transformationskrise des Liberalismus: Die Zwischenkriegszeit

Die Epoche zwischen den Weltkriegen war eine dramatische Krisenphase, zugleich aber auch die „wichtigste Zeitspanne in der Geschichte des Liberalismus im 20. Jahrhundert“.¹ Dieser paradoxe Befund ist im Wesentlichen der spannungsvollen Gemengelage zwischen demokratischem Aufbruch, revolutionären Wirren, gesellschaftlicher Kriegsfolgenverarbeitung und tiefgreifenden ökonomischen Strukturproblemen geschuldet.

Für Liberale bedeuteten der Erdrutsch des Ersten Weltkriegs und die Revolution von 1918, dass sich zum einen ganz neue politische Gestaltungsmöglichkeiten auftaten, aber dass sich zum anderen der Staat in jenen Leviathan zu verwandeln schien, den Teile des progressiven Liberalismus lange gefürchtet hatten. Zum Kaiserreich unterhielt der deutsche Liberalismus bekanntlich ein gebrochenes Verhältnis. Während sich der Nationalliberalismus mit dem „Machtstaat vor der Demokratie“ (Thomas Nipperdey) arrangiert hatte und ein Bündnis mit den konservativen Eliten eingegangen war, drängten die „Freisinnigen“, später dann die verschiedenen Fortsetzungen der „Fortschrittspartei“ auf weitere Parlamentarisierung, auf bürgerliche Modernisierung und ökonomische Liberalisierung. Inwiefern das politische System des Kaiserreichs reform- und demokratisierungsfähig war, gehört eben nicht zu den rein historischen Streitfragen, sondern die unterschiedlichen Auffassungen über Kontinuität und Wandel prägten die Debatten über Parteilinien hinweg – sei es den sozialdemokratischen Revisionismusstreit oder eben die innerliberale Auseinandersetzung über den Staat als identifikatorischen Ordnungsbegriff auf der einen, als skeptisch beäugtes „ehernes Gehäuse der Hörigkeit“ auf der anderen Seite.

Allerdings verloren die festgezurrtten Gegensätze aus Friedenszeiten nach 1914 rasch an Prägekraft. Die Sach- und Kontrollzwänge in Kriegswirtschaft und mobilisierter Gesellschaft schufen ganz andere Probleme, erforderten neue Instrumentarien politischer Leitung, denn die exponentielle Erhöhung der Staatsquote verlangte nach expansiver Besteuerung der Bürger, und die zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse machten staatliche Garantieleistungen

1 Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Dies. (Hrsg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2015, S. 13–32, hier S. 21.

notwendig. Diese Entwicklungen erwiesen sich nach dem Krieg nicht nur als unumkehrbar, sie nahmen sogar noch schnellere Fahrt auf. Der *warfare state* – wie die einhellige Auffassung der Historiker lautet – stand an der Wiege des *welfare state*, und inmitten dieser politischen Modernisierungsschübe mussten Liberale aller Schattierungen sich neu positionieren. Vieles, wofür sie jahrzehntelang im Kaiserreich gekämpft hatten, war binnen weniger Wochen erreicht. Ganz neue Forderungen bestimmten den revolutionären Erwartungshorizont. Aber zugleich blieb das Kaiserreich in den Köpfen der Zeitgenossen unverändert präsent, ob als Sehnsuchtsort nationaler Größe und als Verklärung der „guten alten Zeit“ – oder Gegenbild der autoritär und militaristisch geprägten vordemokratischen Monarchie.²

In den Jahrzehnten zuvor war der Liberalismus bereits eine heterogene Formation, denn der *New Liberalism* in Großbritannien, die Ansätze zu einem sozialen Liberalismus im Kaiserreich, aber auch der *Solidarisme* in Frankreich hatten vielfältige Berührungspunkte mit sozialdemokratischen Ideen. Der sogenannte Manchester-Liberalismus, der auf die Entfesselung der Marktkräfte und den weitgehend abstinenten Nachtwächterstaat setzte, war *de facto* ein verzerrtes Bild, das selbst im 19. Jahrhundert niemals hegemonial für das liberale Denken war. Gleichwohl markierte die für Zeitgenossen schnell erkennbare epochale Zäsur des Jahres 1918 die Notwendigkeit, liberale Ideen und Politiken umfassend neu zu justieren.

I. Pluralität des Liberalismus

Die Schwierigkeit, den Liberalismus als einheitliches ideologisches Gebilde zu begreifen, offenbart sich in mehrerlei Hinsicht. Zunächst einmal koexistieren verschiedene nationale liberale Traditionen, die von unterschiedlichen politischen Kulturen und Systemen geprägt worden sind, aber selbst auch immer wieder neuen geschichtspolitischen Deutungen unterliegen. Während Großbritannien und die USA gleichsam als Wiege des liberalen Verfassungsdenkens und des Parlamentarismus gelten, stand der Liberalismus in Frankreich stets im Schatten des Republikanismus; in den „verspäteten Nationen“ Italien und Deutschland kreiste liberales Denken lange um die Möglichkeit der Nationalstaatsbildung.

Neben markanten Unterschieden hat die Forschung allerdings zuletzt das modernisierungstheoretisch geprägte Bild von progressiven liberalen und

2 Wie unterschiedlich Zeiterfahrungen verarbeitet werden konnten, zeigt sich beispielsweise auch in der zeitgenössischen Historiographie. Siehe dazu Ewald Grothe: „Import oder Eigengewächs“? Der Liberalismus in der Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. In: Ders./Ulrich Sieg (Hrsg.): *Liberalismus als Feindbild*. Göttingen 2014, S. 183–201.

verzögerten illiberalen Entwicklungspfadern korrigiert, indem ein umfassendes Verständnis von Liberalismus appliziert wurde, das sich eben nicht allein auf politische Trägergruppen bezieht und einen klassischen Liberalismusbegriff (Marktwirtschaft, negative Freiheiten, Parlamentarismus) zum Maßstab macht. Aus dieser erweiterten Perspektive lassen sich die Ideen, die mit den Anfängen des Sozialstaats im Kaiserreich, dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder dem kommunalen Liberalismus verbunden sind, in eine Gesamtgeschichte des Liberalismus einschreiben, die ganz unterschiedliche Bereiche der Liberalisierung berücksichtigt.³

Diese komplexe Ideengeschichte setzt sich in der Zwischenkriegszeit fort. Damit ist auch gesagt, dass die Semantik des Liberalismus nach 1918 uneinheitlich blieb. Zum einen galt der klassische Liberalismus als ein Relikt des 19. Jahrhunderts, dessen wesentliche Prinzipien angesichts des politischen und sozialen Wandels im angebrochenen Zeitalter der Massendemokratisierung überholt erschienen. Bekanntlich war es Carl Schmitt, der die Ideale einer deliberierenden bürgerlichen Öffentlichkeit, des Marktliberalismus, Universalismus und Kosmopolitismus auf dem Kehrrichthafen des bürgerlichen 19. Jahrhunderts entsorgen wollte und stattdessen in Bolschewismus und Faschismus die zukunftsweisenden, weil mobilisierenden politischen Kollektivmythen identifizierte.⁴

Zum anderen etabliert sich der Sozialliberalismus als eine zukunftssträchtige Verheißung, die Demokratie, Ökonomie und Wohlfahrtsstaat in eine neue Balance zu bringen verspricht. Die Leitbegriffe „soziale Demokratie“ bzw. „sozialer Rechtsstaat“ gehören zum Inventar dieses neuen Linkliberalismus, der ein positives Verhältnis zur Demokratie gewinnt.⁵

Das gesplante Verhältnis zum Liberalismusbegriff wird auch in der Namensgebung der „Deutschen Demokratischen Partei“ manifest, die damit ihren Status als verfassungstragende Kraft unterstreicht und die problematischen Bindungen an die deutsche liberale Tradition in den Hintergrund verbannt. In der Weimarer Republik zeigt sich die Spaltung des parteipolitischen Liberalismus im Versäumnis, eine lagerübergreifende liberale Partei zu etablieren; die ehemaligen Nationalliberalen sammeln sich in der DVP, während der erstarkende Block der ehemaligen Fortschrittspartei in die Gründung der DDP mündete, die sich einerseits den Interessen des Mittelstands verschrieb, andererseits von Anfang an einen gewissen Appeal für

3 Vgl. dazu auch die Überlegungen von Dieter Langewiesche: Wie schreibt man künftig eine Geschichte des „Liberalismus in Deutschland“? In: Ewald Grothe/Jürgen Frölich/Wolther von Kieseritzky (Hrsg.): Liberalismus-Forschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven. Baden-Baden 2016, S. 193–210.

4 Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 8. Aufl., Nachdruck der 1926 erschienenen 2. Aufl. Berlin 1996.

5 Thomas Hertfelder: Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland. Stuttgart 2013.

Intellektuelle besaß und den Ruf einer Professorenpartei innehatte (Max und Alfred Weber, Hugo Preuß, Ernst Troeltsch, Moritz Julius Bonn u.a.). Demgegenüber wurde die DVP eher mit den Interessen der Schwer- und Großindustrie identifiziert.⁶

Da der Liberalismus weiterhin als milieu- und klassengebundene Ideologie des Bürgertums in allen seinen Facetten galt, erwies sich die zunehmende Fragmentierung der politischen Mitte als eine weitere Belastung für nominell liberale Parteien, die sich mit der von Friedrich Naumann früh geforderten Öffnung gegenüber der Sozialdemokratie schwer taten. Der Zerfall der Mitglieder- und Wählerbasis von DVP und DDP korreliert überdies mit den ökonomischen Krisen, die nach Inflation und Wirtschaftskrise zur Vernichtung privater Vermögen führten.

Die wesentliche Konfliktlinie bestand zwischen einem normativ auf die Demokratie festgelegten Liberalismus, der gesellschaftliche Modernisierung guthieß und sich für die Möglichkeiten einer politischen Regulierung des Wirtschaftslebens öffnete und einer demokratieskeptischen Interessenpolitik, die in krisenanfälligen Zeiten zunehmend auf Distanz zur Weimarer Ordnung ging. Der Riss, der durch das Lager des Liberalismus ging, trennte also die Fraktion der ökonomisch ausgerichteten Besitzstandswahrer von den sozialliberalen Modernisierern. Nicht wenige nominelle Liberale hatten ein zwiespältiges Verhältnis zu Parlamentarismus und Demokratie, denn vor allem unter DVP-Anhängern war das Kaiserreich eben kein „vergangenes Reich“ (Klaus Hildebrand).⁷

Insgesamt wurde das Problem der Heterogenität liberaler Vorstellungen von den Zeitgenossen klar erkannt. Nicht allein die Vielfalt der Anschauungen unter denjenigen, die sich selbst als Liberale verstanden, war problematisch, sondern darüber hinaus hatte eine Diffusion liberaler Werte und Ideen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stattgefunden. Damit drohte das Alleinstellungsmerkmal als Ideologie verloren zu gehen, denn die Etablierung langgehegter politischer Ziele in der neuen Verfassungswirklichkeit konnte zum Eindruck führen, dass der Liberalismus „sich überflüssig gemacht“ (Friedrich Meinecke) und gewissermaßen zu Tode gesiegt habe.⁸

6 Zu den liberalen Parteien in der Weimarer Republik vgl. Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972; Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973; Bruce B. Frye: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale/Edwardsville 1985; Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933. Düsseldorf 2002.

7 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck zu Hitler. 2. Aufl. Stuttgart 1996.

8 Friedrich Meinecke: Einige Gedanken über Liberalismus (1927). In: Ders.: Politische Schriften und Reden. Stuttgart u.a. 1958, S. 414–417, hier S. 414.

Diese Gemengelage wurde von vielen Zeitgenossen ähnlich wahrgenommen und kulminierte in einem geschärften Krisenbewusstsein, das sich als ein gesamteuropäisches Phänomen erwies. Dementsprechend sind die Debatten über die Zukunft des Liberalismus nicht auf die desolater werdende Lage der liberalen Parteien begrenzt, sondern machen die liberale Demokratie und die Identität einer westlichen freien Zivilisation zu ihrem Thema. Dieser Diskurs wird von den Intellektuellen einer liberalen Internationale geführt, deren begrüßenswerter kooperativer Kosmopolitismus angesichts der Hausse von sozialistischen und faschistischen Kollektivismen einerseits zunehmend idealistisch und elitär wirken musste, andererseits aber gedanklich ein neoliberales globalisiertes Wirtschaftssystem vorbereitete, um das Zeitalter des Imperialismus und des nationalen Egoismus zu überwinden.⁹

II. Verteidigung und Evolution liberaler Ideen

Zur Krisendebatte um den Liberalismus in der Zwischenkriegszeit gehörten zweifellos die Erosion liberaler Kernüberzeugungen und die Anfälligkeit bürgerlich-liberaler Kreise für einen neuen Autoritarismus. Insbesondere die Sehnsucht nach einer starken Führungsfigur ließ zahlreiche liberale Intellektuelle mit der parlamentarischen Praxis hadern und Modelle einer „autoritären Demokratie“ (Karl Loewenstein) oder „Führerdemokratie“ (Alfred Weber) ventilieren.

Klassisch ausgerichtete Wirtschaftsliberale, die den politischen Gegner traditionell im Marxismus verorteten, standen nun vor dem Problem, dass die Ökonomie zur Disposition des demokratischen Parteienwettbewerbs stand. Obzwar die bürgerlichen Parteien in der aufgeheizten Atmosphäre der Novemberrevolution aus taktischen Gründen programmatische Zugeständnisse an die allgemeinen Forderungen nach einer Sozialisierung der Schlüsselindustrien gemacht hatten, favorisierten liberale Ökonomen rationale Marktmodelle ohne den störenden Einfluss eines demokratischen Souveräns.

Ludwig von Mises etwa würdigte darum folgerichtig den Faschismus, dem er das Verdienst zuschrieb, durch sein „Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet“ zu haben – nämlich vor der drohenden Bolschewisierung.¹⁰ Er demonstrierte ein instrumentelles Verständnis von Politik, die in erster Linie dem Markt zu dienen habe. Eine solche Haltung beförderte zu Recht das Schreckbild eines „autoritären Liberalismus“ (Her-

9 Quinn Slobodian: Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus. Berlin 2019.

10 Ludwig von Mises: Liberalismus. Jena 1927, S. 45.

mann Heller), der im Interesse des Kapitals agierte.¹¹ Ideengeschichtlich fruchtbarer, als die normativ und theoretisch problematischen Verfehlungen innerhalb liberaler Strategiedebatten aufzulisten, ist es allerdings, die innovativen Potentiale zu berücksichtigen, mit denen Liberale Neuland erschlossen, auch wenn ihnen der unmittelbare diskursive oder politische Erfolg zunächst versagt blieb.

Unterschiedliche liberale Denkstile, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, lassen sich anhand zwei repräsentativer Denker herausarbeiten: die selbstbewusste Verteidigung liberaler Errungenschaften verbunden mit den Tugenden der pragmatischen Vernunft einerseits sowie die innovative Erschließung neuer Themen als offensiv-evolutive Krisenprophylaxe andererseits.

Moritz Julius Bonn verkörperte den realpolitisch geschulten, prinzipienfesten Liberalen, der die Orientierung an den Grundsätzen von Freiheit und Chancengleichheit zur Geltung brachte, für Minderheitenschutz, „sozialen Pluralismus“, parlamentarische Regierung und Mehrheitsentscheidung warb sowie den Rationalismus, die Kompromiss- und Friedensfähigkeit des Liberalismus hervorhob.¹² Die Dynamik der Marktwirtschaft wollte er, dem idealisierten Vorbild der Vereinigten Staaten nacheifernd, nutzen, um einen demokratischen Kapitalismus zu verwirklichen. Der Liberalismus blieb für ihn ein unabgeschlossenes Projekt, weil er sich stets aufs Neue dem Ansturm des Irrationalismus, der ideologisch inspirierten Gewaltbereitschaft und den regressiven Mächten des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus entgegenstellen müsse.

John Maynard Keynes wiederum avancierte zum prominentesten liberalen Intellektuellen seiner Zeit, indem er nicht nur das „Ende des Laissez-faire“ verkündete, sondern zugleich eine umfassende Modernisierung des Liberalismus forderte. Keynes stellte keineswegs den Freihandel in Frage, er bezweifelte nur, dass sich auf einer ökonomischen Doktrin eine politische Theorie gründen lasse. Dem Kapitalismus attestierte er die Unfähigkeit zur geistigen Selbstverteidigung, weil er keinen politischen Appeal mehr besitze. Der Liberalismus müsse sich von seiner ökonomischen Fixierung lösen und neue Antworten für die Aufgaben des Tages finden.¹³

Damit meinte Keynes nicht nur eine interventionistische Wirtschafts- und Geldpolitik, also die aktive Gestaltung ökonomischer Rahmenbedin-

11 Hermann Heller: *Autoritärer Liberalismus* (1933). In: Ders: *Gesammelte Schriften*. Bd. 2: *Recht, Staat, Macht*. 2. Aufl. Tübingen 1992, S. 643–653.

12 Zur Artikulation seiner liberalen Ansichten vgl. Moritz Julius Bonn: *Zur Krise der Demokratie*. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919 bis 1932, herausgegeben und eingeleitet von Jens Hacke. Berlin 2015.

13 John Maynard Keynes: *Das Ende des Laissez-Faire*. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft (1926). 2., unveränderte Auflage. Berlin 2011.

gungen, sondern auch eine grundsätzliche politische Neuorientierung: Zum Beispiel in Friedensfragen, im Hinblick auf eine dezentrale und effiziente Governance, aber auch gesellschaftspolitisch müsse man sich an die Spitze sozialer Entwicklungen stellen, um die Stellung der Frau, Heiratsgesetze, gleichgeschlechtliche Beziehungen und den Drogenkonsum zu liberalisieren. Undogmatisch forderte er eine Unvoreingenommenheit des Denkens, die die Freiheitsbedürfnisse des Individuums in den Vordergrund rückte. Keynes' denkerische Liberalität – abseits seiner *General Theory* – greift nicht nur weit voraus, sondern verdeutlicht auch, dass der politische Liberalismus der Zwischenkriegszeit große Mühe hatte, den Anschluss an die vibrierende kulturelle Moderne der Zwischenkriegszeit zu halten.

Thomas Mann, einer der wichtigsten liberalen Fürsprecher der Demokratie und der kulturellen Moderne, hatte ein gutes Gespür für dieses Defizit und machte sich die Ambitionen eines progressiven Sozialliberalismus zu eigen.¹⁴

III. Bilanz und Ausblick

Die Belastungsprobe des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit lässt sich weder einseitig als eine Ära des Scheiterns begreifen noch als eine Krisenüberwindungsgeschichte erzählen, an deren Ende die Läuterung durch reflexive Lernprozesse stehen würde. Die dramatischen Ereignisketten dieser Jahre machten das Geschäft ungestörten Theoretisierens nahezu unmöglich. Liberale Reflexion erwies sich als eine konstellationsabhängige Praxis, die nicht unbedingt neue Ideen hervorbrachte, aber das Reservoir liberaler Theorie auf neue Herausforderungen applizierte. Zum einen galt es, die Errungenschaften der liberalen Moderne gegen Feinde der Aufklärung mit guten Argumenten zu verteidigen. Zum anderen war es nötig, alte Vorbehalte gegen Demokratisierung und Massengesellschaft abzubauen. Kulturpessimismus, bourgeois Elitismus, sozialpolitische Ignoranz und nationalistische Ressentiments reichten bis tief in die liberalen Parteien hinein und machten den Weg zur Akzeptanz der Demokratie beschwerlich.

Gleichwohl stand am Ende der Weltkriegsepoeche die alternativlose Anerkennung der Demokratie, der sich seither kein nomineller Liberaler mehr versperren konnte. Der „grand bargain“ (Fawcett) zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus, der die liberale Demokratie als hart erkämpften Kom-

14 Thomas Mann warb seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre für die Ausgestaltung der sozialen Demokratie und das Bündnis von Bürgertum und Sozialdemokratie. Ausführlich dargelegt hat er seine Position in: Thomas Mann: Vom künftigen Sieg der Demokratie (1938). In: Ders.: Essays. Bd. 4: Achtung, Europa! 1933–1938, hrsg. von Hermann Kurzke und Stephan Stachorski. Frankfurt a. M. 1995, S. 214–244.

promiss aushandelte¹⁵, war ein Ergebnis dieser Krisenepoche und bildete die Basis für den Konsensliberalismus der *trente glorieuses* nach 1945. Die sozialliberale Utopie einer gerechteren Gesellschaft bot lange Zeit einen Anknüpfungspunkt und scheint (nach einem neoliberalen Intermezzo) wieder an Bedeutung zu gewinnen.

In vielerlei Hinsicht erlebten die Ideen eines internationalen Liberalismus nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine erfolgreichere Neuauflage: Die Gründung der UNO, die europäische Integration, aber auch die Dekolonisation und die Förderung globalisierter Handelsbeziehungen rekurrierten auf bekannte liberale Vorstellungen, die in den 1920/30er Jahren zwar verfochten worden, aber gescheitert waren.

Der Blick auf den Liberalismus der Zwischenkriegszeit führt allerdings auch vor Augen, wie fragil und kontingent die Arrangements der liberalen Demokratie und der internationalen Kooperation sind. Diese Erfahrung erscheint auch in rezenten Krisen der liberalen Demokratie – die einzige Staatsform, welche den Zweifel, die Kritik und die Möglichkeit zur Selbstkorrektur ausdrücklich vorsieht – wertvoll, da die in der Gegenwart neu auftretenden Konjunkturen des Irrationalismus, des Antiliberalismus und des rechtsradikalen Populismus die 1920er und 1930er Jahre weitaus weniger fremd erscheinen lassen, als man lange vermuten konnte. Dass sich überdies der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch gegen die Gemeinschaft der westlichen Demokratien richtet, macht auf beunruhigende Weise deutlich, wie gefährdet sicher geglaubte westliche Errungenschaften bleiben. Weder mag man aus heutiger Perspektive leichtfertig dem Liberalismus nach 1918 seine autoritäre Anfälligkeit vorhalten, die Apologeten der Appeasement-Politik als naiv klassifizieren oder den Enthusiasten paneuropäischer Träume Idealismus vorwerfen, noch ist es angebracht, mit intellektueller Überheblichkeit auf die vermeintliche theoretische Schlichtheit eines verteidigungsbereiten Cold War Liberalism zu blicken. Stattdessen lehrt die Konfrontation mit den heutigen weltpolitischen Gefahren Demut – und belegt die Notwendigkeit, sich immer wieder aufs Neue mit den historischen Herausforderungen des Liberalismus und den damit verbundenen bitteren Lektionen zu befassen.

15 Edmund Fawcett: Liberalism. The Life of an Idea. Princeton 2014, S. 21.